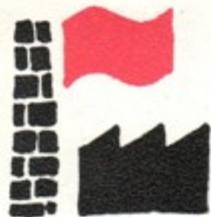
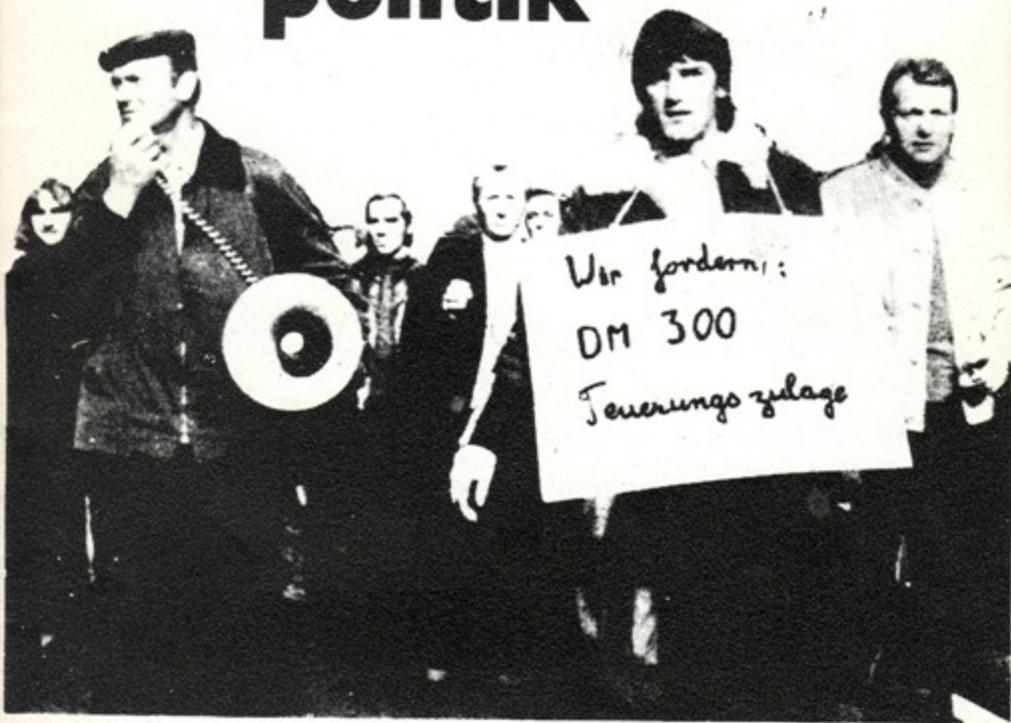


REIHE: BETRIEB & GEWERKSCHAFT



Für eine klassen- kämpferische Gewerkschafts- politik



GIM

Gruppe Internationale Marxisten
Deutsche Sektion der IV. Internationale

FÜR EINE KLASSENKÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in der BRD finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sie sind eingebettet in die Krisen, Konflikte und Klassenkämpfe, die die Klassenherrschaft der Kapitalisten vor allem in Westeuropa erschüttern.

- In Frankreich, wo der Mai 68 das Signal für den Wiederaufschwung der Arbeiterkämpfe in ganz Europa gesetzt hat, strebt die Arbeiterbewegung nach dem Tode Pompidous den Sturz des sechzehnjährigen gaullistischen Regimes an.
- In Großbritannien wurde der Regierungswechsel nicht aufgrund der Spielregel des parlamentarischen Systems herbeigeführt, sondern durch den kämpferischen Streik der Bergarbeiter.
- Der Aufschwung der Massenkämpfe in Spanien und Griechenland und die blutige Antwort der herrschenden Klasse demonstrieren die gewaltigen Erschütterungen, welche die diktatorischen Regimes durchlaufen.
- Italien befindet sich seit Jahren in einer fortdauernden wirtschaftlichen und politischen Krise, die die italienische Gesellschaft aus ihrem Gleichgewicht gebracht hat.
- Selbst in den bisher als stabil angesehenen Ländern, wie die skandinavischen Länder, Schweiz und Österreich, Belgien und Holland und in der BRD häufen sich die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen.

Jahrzehntlang wurde den Massen in den kapitalistischen Ländern Europas vorgaukelt, daß durch die Europäische Gemeinschaft (EG) als Wirläufer der Vereinigten Staaten von Europa eine ganze Reihe von Problemen im Interesse aller gelöst werden.

Es hat sich gezeigt, daß eine europäische Einheit kapitalistisch nicht zu verwirklichen ist. Immer wieder auftretende Interessengegensätze und der Streit um die Führung des geeinten Europa stören die Konzeption eines einheitlichen kapitalistischen Europas.

Die wichtigsten Aspekte der inneren Gegensätze sind:
Die Konkurrenz USA - EG, die Alleingänge verschiedener europäischer Länder bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, Jede nationale Regierung befürchtet ein Übergreifen politischer und wirtschaftlicher Krisen der einzelnen Länder auf die anderen Beteiligten. Diese Befürchtung ist real. Mehr als einmal hat sich gezeigt, daß politische und wirtschaftliche Konzentration auch zur Vereinheitlichung der politischen und wirtschaftlichen Krise führte (Finanzkrise, Inflation, Ölkrise).
Ein vereinigtes Europa kann nur als sozialistisches Europa in die Geschichte eingehen.

Herausgeber:

GIM - Gruppe Internationale Marxisten
Deutsche Sektion der IV. Internationale
Zentraler Ausschuß für
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

verantwortlich:

Manfred Müller, 6 Frankfurt
c/o Was Tun 6 Frankfurt 2, Postfach 119266
- Eigendruck -

Der Klassenkampf in Westdeutschland

Die Nachkriegsentwicklung in der BRD war von einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft gekennzeichnet, aufgrund einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft.

Dieses erzeugte die Illusion, daß es gelungen sei, die Krisenfestigkeit des kapitalistischen Systems für alle Zeiten zu sichern. Hinweise auf die Krisenerscheinungen in anderen kapitalistischen Ländern wurden damit abgetan, daß die Verhältnisse in der BRD die Regel seien und die anderen Länder die Ausnahmen.

Bereits die Wirtschaftsrezession von 1966/67 hat diese Illusion zerstört. Es zeigte sich, daß die BRD die Ausnahme war und nicht die Regel.

Diese Rezession hat in der Bundesrepublik wie ein Schock gewirkt. Die Legende der "krisenfesten" und steten Fortschritt des Lebensstandards gewährleistenden sogenannten "sozialen Marktwirtschaft" ist zusammengebrochen. In der BRD haben wir es keineswegs mit einer krisenlosen Massenkonsumgesellschaft zu tun, die die Probleme der Überproduktion, der Erwerbslosigkeit und der Wirtschaftsschwankungen gelöst hat. Die bürgerliche Ökonomie bemüht sich, diesen Schock so schnell und so gut wie möglich zu überwinden. Dies geschieht auf zwei Ebenen:

Einmal pragmatisch in dem Versuch, die Krisenanfälligkeit des Systems erneut zu mildern und zum anderen theoretisch, indem die Rezession als etwas Außergewöhnliches, wiederum als Ausnahme, gedeutet wird. Beides ist nicht gelungen. Die Arbeiter haben die Krisenanfälligkeit des Systems in den Streiks von 1969 und 1972/73 erkannt.

Nach dem großen konjunkturellen Aufschwung 1969 in der BRD war ersichtlich, daß es 1973/74 zu einer Abschwächung der Konjunktur und eventuell zu einer Rezession kommen würde. Bürgerliche Volkswirtschaftler und Politiker haben gemeinsam diese Prognose gestellt. In letzter Zeit gibt es eine ununterbrochene Debatte darüber, ob und wie antizyklische Konjunkturmaßnahmen angewendet werden sollen, um die anstehenden Depressionen abzufangen.

Es zeigte sich jedoch, daß diese traditionellen Mechanismen zur Konjunktursteuerung ihren Wert weitgehend verloren haben. Ihre Anwendung ist mehr als problematisch geworden. Das Herumwerfen des Rades in Richtung Anheizen der Wirtschaft bringt unweigerlich eine noch verheerendere Inflationswelle in Gang.

Welche immensen Formen die Inflation annehmen wird, kann man schon daraus ersehen, daß in dem stetigen Rückgang der Konjunktur der vergangenen Monate die Inflationsrate rapide wuchs, obwohl eigentlich das Gegenteil erreicht werden sollte.

Wir haben gesehen, daß man mit den traditionellen Steuerungsmechanismen kapitalistischer "Planung" weder den traditionellen kapitalistischen Krisen noch der Inflationsentwicklung beikommen kann.

Für die Kapitalisten, den bürgerlichen Staat und seine Regierung eröffnet sich nur eine einzige Möglichkeit, dieser Misere zu entkommen: Offener Angriff auf die materiellen Grundlagen der Arbeiterklasse mit dem Ziel, die Krisenfolgen des kapitalistischen Systems den arbeitenden Massen aufzubürden - das einzige Mittel, die Profite der Kapitalisten zu sichern.

Zwei dieser Faktoren stehen heute absolut im Vordergrund der Diskussion und bestimmen die Bewußtseinslage der Arbeiterschaft:

1. Die dauernde Bedrohung des Lebensstandards durch die Teuerung, die andauernde Inflation, welche die Arbeiterschaft ständig mit Kaufkraftverlust bedroht.
2. Die Gefährdung der Arbeitsplätze durch Rationalisierung, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und Verlagerung der Produktionsstätten.

Aber die Klassenauseinandersetzungen in der BRD seit den Septemberstreiks 1969 haben auch gezeigt, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nicht bereit ist, den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse entschieden genug abzuwehren. Sowohl die enge personelle Verbindung zur regierenden Sozialdemokratie, als auch die schüchternen, aber nicht praktisch-politischen Antworten auf die Eingriffe und Arbeitslosigkeitsdrohungen der Regierung erweisen sich als Hemmschuh für eine effektive gewerkschaftliche Antwort.

Trotz der Verschärfung der Konflikte in jeder Tarifverhandlung, die die aktive Beteiligung aller Gewerkschaftsmitglieder erfordert hätte, werden die Forderungen der Kollegen aus den Betrieben weiterhin in den Tarifkommissionen heruntergebügelt, die Tarifkommissionen, wie bei der IG Metall, durch ein neu vereinbartes zentrales Schlichtungsabkommen noch weiter entmachtet und die Vertrauensleute durch neue Richtlinien für ihre Arbeit zu Handlangern der Gewerkschaftsbürokratie degradiert. In der Tarifpolitik erweisen sich die alten Mittel angesichts der Inflation, der Stilllegungen und Rationalisierungen als stumpfe Waffe. Selbst wo der bürgerliche Staat und die Kapitalisten offen zum Angriff auf das Streikrecht übergehen (Massenentlassungen bei Mannesmann-Hückingen 1973 / Unterweserstreik 1974) weiß die Bürokratie keinen anderen Ausweg, als die Anrufung bürgerlicher Gerichte.

Dies alles zeigt, daß es heute absolut notwendig ist, in die sich entwickelnden Kämpfe der Arbeiterklasse eine klassenkämpferische Alternative zur Politik der Gewerkschaftsbürokratie hereinzutragen und zu entwickeln.

Der Kampf um den Lohn

Zwei grundlegende wirtschaftliche Übel, in denen sich der wachsende Widerspruch des kapitalistischen Systems ausdrückt, ist die Teuerung und die Arbeitsplatzgefährdung. Im Kampf gegen diese Grundübel muß jede von Unternehmertum und Regierung angebotene "Alternative" zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit zurückgewiesen werden. Der Lohn ist in der modernen Klassengesellschaft ein soziales und politisches Phänomen. Wer bereit ist, die Lohnpolitik nach Profitchancen und Interessendenken einzugliedern, den Bestand des kapitalistischen Systems anzuerkennen und zu tolerieren, verhindert jede dynamische Lohnpolitik.

Garantierter Mindestnettolohn

Unter den Bedingungen der verschärften wirtschaftlichen Krise und der Einführung von Kurzarbeit muß die Forderung nach einem garantierten Mindestlohn erhoben werden, der einen durchschnittlichen Lebensstandard ermöglicht und nicht unter dem Existenzminimum liegen darf.

Die Errechnung der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten darf nicht in den Händen bürokratischer Institutionen liegen, sondern muß von gewählten Vertretern der Arbeiterklasse vorgenommen werden: von Preiskontrollkomitees, die sich aus Gewerkschaftlern, Betriebsräten, Vertrauensleuten, Hausfrauen usw., zusammensetzen. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage eines Warenkorbs, dem eine Warenmenge und -auswahl zugrundeliegt, die ein Arbeiterhaushalt benötigt. Der Kampf um die Festsetzung des Inhalts dieses Warenkorbs, d.h. um den Warenindex, wird zu einer wichtigen gewerkschaftlichen Aufgabe.

Lineare Lohnerhöhung

Statt prozentualer muß die Forderung nach linearer Lohnerhöhung erhoben werden. D.h. Erhöhung um den gleichen Betrag für alle. Die Lebenshaltungskosten steigen für alle Arbeitenden gleich. Prozentuale Lohnerhöhungen vertiefen nur die Kluft zwischen geringer und besser bezahlten Arbeitern. Klassenpolitisch bedeutet diese Forderung auch den Kampf gegen die den Arbeiterinteressen entgegengesetzte kapitalistische Leistungsideologie.

Wegfall der unteren Lohngruppen

Die Gewerkschaftsbürokratie ignoriert diese Forderung, weil sie darauf spekuliert, durch prozentuale Lohnerhöhungen die besser bezahlten Schichten der Arbeiter fester an sich zu binden. Besonders Ungelernte und Angelernte, Frauen und ausländische Arbeiter sind durch die Bezahlung nach den unteren Lohngruppen der kapitalistischen Überausbeutung unterworfen. Deshalb: Ersatzlose Abschaffung der unteren Lohngruppen!

Tarifliche Absicherung betrieblicher Zulagen

Ein großer Teil der Unternehmer, die sich bei Tarifverhandlungen gegen "überzogene" Lohnerhöhungen aussprechen, ist bereit, durch Betriebsvereinbarungen über tarifliche Zulagen zu gewähren, um die eigene Belegschaft zu pazifizieren. Dieses Verfahren ist gegen die Gewerkschaften und die Klassenolidarität gerichtet, besonders deshalb, weil die Zulagen in Zeiten der wirtschaftlichen Krise nach Belieben rückgängig gemacht werden können. Deshalb: Absicherung aller dieser Zulagen in den Tarifverträgen als Übergang dazu, diese Zahlungen in den Tariflöhnen aufgehen zu lassen.

Abschluß kurzfristiger Tarifverträge

Tarifverträge sind kein Selbstzweck. Sie manifestieren ein Kräfteverhältnis in einer bestimmten Situation. Auch die Frage, ob eine an den Arbeiterinteressen orientierte Gewerkschaftspolitik sich für langfristige oder kurzfristige Tarifverträge einsetzen soll, ist keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik. Unter Bedingungen, wo die Geldentwertung ständig den Reallohn verringert, müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihr Interesse an kurzfristigen Tarifverträgen vertreten.

Gleitende Lohnskala in die Tarifverträge

Im kapitalistischen System ist jede Einkommenspolitik, welche die Einkommen aller sozialen Klassen regulieren soll, eine Farce und hat in Wirklichkeit die Aufgabe, zu verschleiern, wie der allen gehörende gesellschaftliche Reichtum mit Hilfe dieser Einkommenspolitik der Arbeiterklasse vorenthalten wird. Praktisch kann eine kapitalistische Regierung nur die Löhne und Gehälter kontrollieren und "regulieren". Keine bürgerliche Regierung war bisher fähig, mit Erfolg einen Preisstop oder eine effektive Kontrolle der Preise durchzusetzen.

Durch Preisbindung, Kartellpreise, Preisabsprachen, durch Wucher und willkürliche Festsetzung der parasitären Zwischenhandelsspanne ebenso wie durch laufende Qualitätsverschlechterungen steht der Arbeiter und die anderen unteren Schichten der Gesellschaft einem existenzmindernden Raubzug gegenüber.

Im Kampf gegen die Inflation reichen die herkömmlichen Mittel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nicht aus, da sie das Karussell des Aufholens der Preissteigerungsrate, der gestiegenen Abgaben für Steuer und Sozialversicherung, nicht durchbrechen können.

Anstelle von Nachzugsgefechten, die nur vorweggenommene Preissteigerungen nach Monaten aufholen sollen, muß der Kampf bei den Tarifabschlüssen um eine tatsächliche Steigerung des Reallohns geführt werden.

Die Forderung der Gleitenden Lohnskala bedeutet die automatische Anhebung der Löhne im Verhältnis zu den Preissteigerungen während der Laufzeit der Tarifverträge.

Hierfür müssen Preisgleitklauseln (z.B. 2%) in die Tarifverträge eingearbeitet werden, die bei einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten die automatische Erhöhung der Löhne und Gehälter um diesen Betrag nach sich ziehen. Wie bei der Berechnung der Lebenshaltungskosten und des Warenkorbs darf die Kontrolle über die Preissteigerungen nicht in den Händen von bürokratischen Institutionen liegen, sondern muß ebenfalls von gewählten Arbeitervertretern, Hausfrauen usw., wahrgenommen werden.

Die gleitende Lohnskala macht also Tarifverhandlungen nicht überflüssig, wie einige Gewerkschaftsbürokraten behaupten, sondern bereinigt sie von dem augenwischerischen Ritual des Aufholens der Preise.

Die Erkämpfung der Gleitenden Lohnskala bedeutet eine Tarifpolitik, in deren Mittelpunkt der Kampf um die Erhöhung der Reallohne steht.

Recht auf Arbeit - Verteilung der Arbeit - Gleitende Arbeitszeitskala

Das Recht auf Arbeit ist ein elementares Recht, das die Arbeiterklasse in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft immer wieder erzwingen muß. Dieses Recht wird in Krisenzeiten, wie die augenblickliche Entwicklung zeigt, äußerst fragwürdig. Kurzarbeit, Entlassungen, "strukturell" oder "konjunkturell" bedingt, kommen in der rückläufigen Konjunktur auf die Arbeiterklasse zu. Besondere Bedeutung gewinnt darum der Kampf um die Erhaltung und Garantie der Arbeitsplätze.

Vetorecht bei Entlassungen und Stilllegungen

Die Frage der Entlassungen darf nicht der Willkür der Unternehmer überlassen sein. Die Kontrolle und das Vetorecht durch den Betriebsrat ist darum eine unabdingbare Forderung. Das bedeutet aber nicht, daß dem Betriebsrat der Schwere Peter zugeschoben werden soll, der nun die Verantwortung über das soziale Schicksal der zur Entlassung abgestellten Arbeiter zu übernehmen hat.

Offenlegung der Geschäftsbücher

Das Recht, bei Entlassungen ein Wort mitzureden, muß verbunden werden mit dem Recht der Kontrolle der gesamten geschäftlichen Lage des Betriebes und damit auch das Recht der Information der Belegschaft, welche die endgültige Entscheidung durch mehrheitlichen Beschluß fassen muß.

Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

Der Kampf um den Arbeitsplatz darf sich nicht auf die Aushandlung von Sozialplänen beschränken, sondern muß einfließen in die umfassende Strategie des Klassenkampfes. An der Spitze hat die Forderung nach der generellen Durchführung der 40-Stunden-Woche für alle Beschäftigten zu stehen, als Übergang zur Forderung der 35-Stunden-Woche, bzw. der 4-Tage Woche.

Die Bedeutung der Forderung der gewerkschaftlichen 40-Stunden-Woche hat für den gewerkschaftlichen Kampf verschiedene Aspekte. Einmal wird die tariflich ausgehandelte 40-Stunden-Woche politisch verankert und hebt die in den Rahmentarifen festgelegte Pflicht, eine bestimmte Zahl von Überstunden zu leisten, d. h. die Unterlaufung des Prinzips der 40-Stunden-Woche, auf.

Darüberhinaus steht fest, daß in vielen Branchen, besonders in den Dienstleistungsbetrieben, z. B. im ÖTV-Bereich, die Arbeitszeit 40 Stunden übersteigt. In vielen Fällen handelt es sich um gewerkschaftlich schwache Bereiche. Die Forderung nach der gesetzlichen 40-Stunden-Woche ist ein Akt der Solidarität gegenüber diesen auch aus ihrer Arbeitsstruktur her schwachen Schichten der Angestellten und würde zu einem Aufschwung der gewerkschaftlichen Bestrebungen in diesem Bereich führen. Jede Reduzierung der Arbeitszeit darf grundsätzlich nur bei vollem Lohnausgleich vorgenommen werden. Das gilt auch bei Kurzarbeit und Arbeitsausfällen durch Produktionsbeschränkungen.

Trotz des drohenden Gespenstes der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit werden in den davon nicht betroffenen Betrieben und selbst in bestimmten Teilen betroffener Betriebe ausgedehnte Überstundenarbeit verlangt. Durch Überstundenarbeit heimsen die Unternehmer Superprofite ein. Dieses Unwesen zehrt an der Nerven- und Muskelkraft der Arbeiter. Es ist notwendig, dieses Übel zu beseitigen. Da aber die Überstunden für den Arbeiterhaushalt das bringen sollen, was in der regulären Arbeitszeit nicht erreicht werden kann, muß der Ausfall der Überstundenbezahlung durch entsprechende Erhöhung des "normalen" Lohnes ausgeglichen werden.

Die "Sicherung des Arbeitsplatzes" ist ein fundamentales Anliegen der Beschäftigten, das, wie festgestellt wurde, vor der Erhöhung der Löhne und Gehälter rangiert. Darum muß der Kampf geführt werden, daß die vorhandene Arbeit unter den vorhandenen Arbeitskräften aufgeteilt wird. Daraus ergibt sich die Dauer der Arbeitszeit durch das System der gleitenden Arbeitszeitskala. Der Lohn eines jeden Arbeiters muß der gleiche bleiben.

Immer wieder werden die Kapitalisten und ihre Anwälte, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokraten, versuchen zu "beweisen", daß derartige Forderungen unrealistisch seien.

Aber Argumente der "Unrentabilität" oder des "wirtschaftlichen Zusammenbruchs" müssen ebenso zurückgewiesen werden wie die Hinweise auf die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt.

Der Kampf der Arbeiter um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen darf nicht dem kapitalistischen Rentabilitätsprinzip untergeordnet werden.

Wenn der Kapitalismus sich als unfähig erweist, lebenswichtige Forderungen zu erfüllen, beweist er nur, daß er ein Parasit der gesellschaftlichen Entwicklung ist und einer neuen Entwicklung Platz machen muß.

Kampf der reaktionären Steuerpolitik

Neben der Lohnsteuer sind es die Massensteuern, die den Arbeiterhaushalt belasten. In steigendem Maße reduziert die vielfältige Besteuerung den Reallohn der Arbeiter. Ein bedeutender Teil der Lohnerhöhungen wird vom Staat durch massive Steueraufschläge wieder abgeschöpft. Die hohe Besteuerung der Konsumgüter treibt die Preise und die Inflation in die Höhe.

Die angewandte Steuerpraxis ist eng verwachsen mit dem bürgerlichen Klassenrecht. Jedes Jahr werden durch die Bourgeoisie und die kleinbürgerlichen Gewerbe- und Handelsunternehmen Milliardenbeträge an Steuern hinterzogen. Diese Riesensummen muß die Arbeiterklasse durch ihr Steueraufkommen ausgleichen. Die Unzahl legaler Maßnahmen hat sich als wirkungslos erwiesen.

Im Kapitalismus selbst sind dem Kampf der Arbeiterklasse um die Verteilung der Steuerlast und um die Verwendung des Steueraufkommens sehr enge Grenzen gesetzt.

Unter kapitalistischen Verhältnissen werden die Steuern vom Staat direkt oder indirekt scheinbar auf alle gesellschaftlichen Klassen verteilt; das Steueraufkommen wird jedoch im Interesse der herrschenden Klasse verbraucht.

Grundsätzlich ist deshalb jede Politik, die eine Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zugunsten der unterdrückten Klasse über die Besteuerung ohne den revolutionären Sturz der bürgerlichen Staatsmacht verspricht, illusionär und verräterisch.

Gegen die Steuerhinterziehung zu Lasten der Arbeiter und unteren Schichten kann nur über den Weg der Arbeiterproduktionskontrolle verbunden mit der Forderung nach Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses in wirksamer Weise der Kampf aufgenommen werden.

Um die wirkliche Steuerhinterziehung zu verhindern, muß die Kontrolle der Bilanzen und der gesamten Geschäftsführung denjenigen übertragen werden, die aufgrund ihrer Stellung in der Produktion, Verteilung und Administration mit dem ganzen Prozeß der Warenwirtschaft vertraut sind und Einblick haben über Lagerbestände, Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals, Auftraggestaltung, Kalkulation und Gewinnspannen: d. h. die Arbeiter und Angestellten.

Die von den Kapitalisten aufgebrachtene Steuern sind ein Teil des Mehrwerts, der im gesellschaftlichen Produktionsprozeß von der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Die Arbeiter müssen ihren Kampf aufnehmen gegen die reaktionäre Steuerpolitik, die jede kapitalistische Regierung gezwungen ist durchzuführen, und sei es unter den Phrasen einer "Steuerreform" oder "sozialen" Steuergesetzgebung, um für folgende Forderungen zu kämpfen:

- Progressive Einkommens- und Körperschaftsteuer
- Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags
- Anpassung des Lohnsteuerfreibetrags an die tarifliche Lohnentwicklung
- Abschaffung der Mehrwertsteuer und aller indirekten Steuern auf den Massenkonsum
- Keine konjunkturpolitischen Steueraufschläge

Die Forderung der Offenlegung der Steuerlisten zwecks Kontrolle durch die Allgemeinheit, d. h. die Forderung nach den gläsernen Taschen, ist eng verbunden mit dem Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion.

Die Arbeiterkontrolle über die Produktion

Die Forderung nach der Arbeiterkontrolle der Produktion zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die kapitalistische Wirtschaftsführung begründet ihre Autorität und Führungsrolle im Betrieb auf das verfassungsgemäß verbriefte Eigentumsrecht. Wenn sie trotzdem bereit ist, einen Teil der Verantwortung an der Leitung der kapitalistischen Unternehmen "Vertretern" der Arbeiterschaft einzuräumen (Betriebsräte, Mitbestimmung, Aufsichtsräte, Regierung), so nur, um diese zu zwingen, sich in das kapitalistische System einzufügen, zu integrieren und ihre Massenbasis an diese System zu binden.

Die Erfahrung der Mitbestimmung, besonders in Zeiten der Rezession und bei krisenhaften Entwicklungen sind gravierende Beispiele dieses Integrationsprozesses. Die Mitbestimmung ist kein wirksames Mittel, um die Abwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse zu verhindern, sie ist eine stumpfe Waffe in den Händen der gewerkschaftlichen Hierarchie, welche der vollen Entfaltung der Klassenkraft der Arbeiterklasse hinderlich im Wege steht und sich hemmend auf die Kämpfe der Arbeiter auswirkt.

Die Mitbestimmung ist ein fauler Kompromiß zwischen der Gewerkschaftsführung und den Industrieherrn, mit dem die Arbeiterschaft nach dem Zusammenbruch nach 1945 um die Sozialisierung der Schwer- und Montanindustrie betrogen wurde.

In akuten Krisen kann man nicht bei sozialem Stückwerk wie Sozialplänen, frühzeitige Pensionierung, Auflösungsgelder und Umschulungen stehen bleiben. Man muß diese, für den einzelnen nicht unwesentlichen Maßnahmen, durch die Forderung nach Verstaatlichung z. B. der Energiewirtschaft, der Stahlindustrie, der gesamten Montanwirtschaft und der Erstellung eines umfassenden Energieversorgungsplanes eine politische Spitze geben. Diese Forderungen werden aber nur dann vom reformistischen Inhalt befreit, wenn sie Teil eines umfassenden antikapitalistischen Kampfprogramms sind, das in "das Bett des Kampfes um die Kontrolle der Produktion" geleitet wird.

Die Arbeiterkontrolle der Produktion ist kein Dauerzustand in der Art der Tarifverträge, die einem zeitweiligen Waffenstillstandsabkommen gleich sind oder gesetzlich verankerte Rechte (wie Betriebsverfassungsgesetz, Gesetz der Mitbestimmung). Die Arbeiterkontrolle der Produktion ist eine Übergangsmaßnahme, die das kapitalistische Eigentumsrecht an der Produktion in Frage stellt.

Sie ist die Brücke zur revolutionären Sozialisierung der Produktion. Die Arbeiter brauchen die Kontrolle nicht für platonische Zwecke, sondern um den Produktionsablauf und die Handelsoperationen der Unternehmen zu durchschauen und zu beeinflussen.

Die praktische Durchführung der Arbeiterkontrolle der Produktion ist auf eine vorrevolutionäre Situation ausgerichtet, hat aber als Lösung unter den augenblicklichen Bedingungen eine wichtige propagandistische und in Situationen der Zuspitzung der Arbeiterkämpfe erzieherische Bedeutung.

Sie tritt bereits in vielen spontanen Kämpfen als konkrete Aktionspraxis (Betriebsbesetzungen, Weiterführung der Produktion unter eigener Regie, usw.) hervor und gibt den ursprünglich ökonomischen Forderungen z. B. beim Kampf gegen Betriebsstillegungen eine politische Spitze.

Wie dieser Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes und der gläsernen Taschen der Unternehmer sich unter den heutigen Bedingungen zu einem konkret revolutionären Lehrbeispiel der Arbeiterkontrolle entwickeln kann, zeigt das Beispiel, was uns die LI P - Arbeiter vorexerziert haben.

Die Mitbestimmung ist aufgrund langjähriger Propaganda der Gewerkschaftsspitzen trotz aller fühlbaren Integrationsauswüchse in den Köpfen der Betriebsfunktionäre und breiter Arbeiterschichten präsent.

Diese Illusion kann nur durch dauernde Erfahrung zerstört werden. Es kommt darauf an, ohne sich in irgendeiner Form mit der Mitbestimmung als System zu identifizieren, die unbestimmten Mitbestimmungsforderungen umzufunktionieren in eine Kette konkreter Kontrollforderungen: Entscheidungen über den Arbeitsablauf, Rationalisierungsmaßnahmen, die Bandgeschwindigkeit, die Springerregelung, die Typenbeschickung, den Unfallschutz, die Hygiene am Arbeitsplatz, die Umweltverschmutzung usw., um auf der Basis dieser Forderungen die Kämpfe auf eine höhere Ebene zu heben.

Wenn die Belegschaften diese Forderungen aufnehmen, ist der Ausgangspunkt für einen weiteren Lern- und Erfahrungsprozess zur Arbeiterkontrolle der Produktion gegeben.

Eine Klasse — Ein Gegner

— Ein Kampf

Die Arbeiterkämpfe und die "wilden" Streiks der letzten Jahre in der BRD haben gezeigt, daß die Masse der ausländischen Arbeiter ein wichtiges Kampfpotential ergeben. Im revolutionären Kampf um eine sozialistische Strategie kommt dieser unterprivilegierten, aber kampfbereiten Schicht des Proletariats eine besondere Bedeutung zu.

Jede revolutionäre Zielsetzung muß darauf ausgerichtet sein, diese Schichten in die geeinte Klassenfront einzubeziehen. Voraussetzung dafür ist, daß die ausländischen Kollegen nicht nur in die allgemeinen Klassenbestrebungen der Arbeiter einbezogen werden, sondern daß die besonderen Belange der ausländischen Arbeiter und der Kampf dafür nahtlos aufgenommen werden in ein Programm der gewerkschaftspolitischen und betrieblichen Forderungen. Der Freizügigkeit des Kapitals im internationalen und besonders im europäischen Rahmen muß die Forderung entgegengesetzt werden nach Freizügigkeit der Arbeitskraft im internationalen Maßstab.

D. h.:

das Recht jedes Arbeiters unbehindert durch diskriminierende Ausländergesetze, bürokratische Verordnungen und Verfolgungen seinen Arbeitsplatz zu suchen und entsprechend seinen Fähigkeiten auszufüllen. Sozial und lohnpolitisch unterliegen die ausländischen Kollegen in vollem Umfang den gleichen gesetzlichen und tariflichen Rechten wie ihre deutschen Klassenkollegen.

Durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft sind die ausländischen Kollegen ein wichtiges Potential der kapitalistischen Wirtschaft in der BRD. Trotzdem nehmen sie gemessen an ihren deutschen Kollegen den Platz eines Subproletariats ein. Gesellschaftlich und an ihrem Arbeitsplatz sind sie einer Disqualifizierung und Diskriminierung unterworfen. Im Genuß der sozialpolitischen und tariflichen Rechte kommen sie, wenn überhaupt nur, in ausgewaschener und ausgehöhlter Form. Politische Betätigung und Organisationsfreiheit, das Recht am politischen Kampf um bundesrepublikanische Probleme teilzunehmen, ist ihnen verwehrt.

Die Forderung des Rechts der freien politischen Betätigung im Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung muß eingebettet sein in die Forderung nach Freizügigkeit der Arbeitskraft.

Dies beinhaltet die Bedingungen: keine rassistische und nationalistische in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz durch Zuweisung von Arbeiten, die für deutsche Arbeiter angeblich z. Z. "unzumutbar" sind.

Betrieblich und gewerkschaftlich lebt der größte Teil der ausländischen Arbeiter in einem Ghetto. Entscheidend für diese Situation sind die sprachlichen Schranken und bewußte Isolierung in Wohngebieten, die den Anforderungen einer gängigen Wohnkultur nicht gerecht werden. Eine wichtige Forderung diesen Teufelsring zu durchbrechen, ist darum:

- Sprachkurse für "Gastarbeiter" auf Kosten der Betriebe während der bezahlten Arbeitszeit.

Die Wichtigkeit dieser Forderung ergibt aus der Tatsache, daß im Durchschnitt gesehen diese Arbeitsunfallquote bei den ausländischen Arbeitern höher liegt. Die Ursachen sind zu sehen in der Zuteilung von gefährdeteren Arbeitsplätzen an die ausländischen Arbeiter und darüber hinaus in den Verständigungsschwierigkeiten in der Produktion und der daraus entspringenden mangelnden Kooperation am Arbeitsplatz.

In der gewerkschaftlichen Arbeit, den Arbeitskämpfen und Streiks haben sich diese Verständigungsschwierigkeiten als eine besondere Schranke in der Kampfeinheit zwischen den ausländischen und deutschen Kollegen erwiesen.

Es muß allerdings gesehen werden, daß die deutsche Sprache zum Bindeglied der ausländischen Arbeiter untereinander geworden ist. Es gibt Betriebe, in denen 6 - 8 verschiedene nationale Gruppen ausländischer Arbeiter nebeneinander stehen, bei denen nur die deutsche Sprache die einzige Verständigungsmöglichkeit untereinander ist.

In der Wohnungsfrage sind die ausländischen Kollegen in hohem Maße nationalistischen Vorurteilen und schamlosem Gewinnstreben ausgesetzt. Die Betriebe sind für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter verantwortlich. Der Kampf für menschenwürdiges Wohnen dieser Kollegen und ihrer Familien muß ein Anliegen der Gesamtbelegschaft sein. Durch betriebliche und gewerkschaftliche Kontrollorgane muß das Wohnungsproblem ständig überwacht werden. Diese Organe sollten sich aus ausländischen und deutschen Kollegen zusammensetzen.

Die Schule und die Ausbildung der Kinder muß besondere Beachtung finden, damit die weitere Zementierung des Subproletariats verhindert wird. Der obligatorische Unterricht ist ungenügend. Die Familienmitglieder

müssen das Recht haben, an dem vom Betrieb finanzierten Sprachunterricht teilzunehmen. Im gemeinsamen Schulunterricht in den öffentlichen Schulen muß besonders auf die schlechten Bedingungen der Kinder in den ausländischen Familien Rücksicht genommen werden (Sprachschwierigkeiten, Wohnungsmangel, Schwierigkeit bei der elterlichen Unterstützung) und entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden, z. B. Ganztagschulen.

Auch müssen die eigenen Schulen der diktatorischen Militärregime (Griechenland, Spanien) in Deutschland verboten werden. Den ausländischen jungen Arbeitern ist als Auszubildenden und als Arbeitskräften besondere Beachtung zu schenken. Eine Untersuchung der Gewerbeaufsicht hat ergeben, daß die Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz und Berufbildungsgesetz überwiegend bei den ausländischen jungen Arbeitern festzustellen sind. Sie werden zu längerer Arbeitszeit herangezogen, als ob für sie die Gesetze nicht existierten. Gewerkschaften, Betriebsräte, Vertrauensleute und die Jugendorganisationen müssen diesen Mißbrauch jugendlicher Arbeitskraft anprangern und verhindern. Die ausländischen Kollegen sind nicht als "Konkurrenten" in die Bundesrepublik gekommen. Arbeitslosigkeit und Verelendung, die das Leben der unteren Klassen in ihren Heimatländern prägt, hat sie gezwungen, hierher zu kommen und ihre Arbeitskraft unter besseren Bedingungen zu verkaufen.

Es ist nicht unsere Schuld, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen in ihren Heimatländern gegenüber denen der modernen kapitalistischen Staaten zurückgeblieben sind.

Es ist die Schuld der dortigen herrschenden Klasse, die oft in Zusammenarbeit mit den Kapitalisten der BRD durch unbeschreibliche Ausbeutung der Massen die gesellschaftliche Entwicklung hemmen und so die Massen der Verelendung preisgeben.

Diese sind Opfer des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, welches zu einer raschen Entwicklung in den Industriestaaten auf Kosten der "zurückgebliebenen Länder" geht.

Eine Klasse - ein Kampf
unter den Prinzipien der internationalen Solidarität!

Gegen das Europa der Konzerne

Die wachsende Internationalisierung des Kapitals durch multinationale Konzerne und Kapitalgesellschaften erschließt für diese die Möglichkeit des Abfließens von großen Kapitalmengen, je nach den besseren Verwertungsmöglichkeiten. Es ermöglicht den Konzernen weiterhin bei Arbeitskonflikten und politischer Instabilität mit dem Produktionsapparat in ein oder mehrere Länder auszuweichen, und durch Streikbrecherarbeit die Kämpfe am Krisenherd selbst zu ersticken.

Diese Entwicklung kann zu einer ersten Gefahr für die Arbeiterbewegung werden, wenn sie es nicht versteht, ihre eigene Organisation und ihre Kampfstrategie darauf auszurichten, und dieser Unternehmerrmacht eine gewerkschaftliche und politische Gegenposition entgegenzustellen und wirksam werden zu lassen.

Völlig hemmend und ungenügend sind reformistische Forderungen und "Maßnahmen", die auf Mitbestimmung und Mitspracherecht der Gewerkschaften auf der Basis der EG - Institutionen hinauslaufen.

Ist die Mitbestimmung auf nationaler Ebene bereits ein hemmender Faktor im Klassenkampf, so wird sie im Dschungel der EG - Administration noch negativere Auswirkungen haben.

Als Gegenpositionen zu dieser reformistischen Praxis muß die Arbeiterklasse ihre praktische internationale Solidarität konkretisieren. Der Internationalismus des Klassenkampfes muß von einer gefühlsmäßigen Tendenz übergeleitet werden zu einer praktischen Alternative.

Der multinationalen Ausbeutung und Unterdrückung muß die Arbeiterklasse mit internationalen Kampfformen entgegenreten.

Nicht die EG - Geschäftigkeit und Geschwätz, sondern die proletarische Klassenfront garantiert die Zukunft der westeuropäischen Arbeiterklasse.

Im Rahmen dieser Einheitsfront besteht die Aufgabe sowohl auf der Basis der multinationalen Unternehmungen wie von Industriegruppen die Koordinierung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Belegschaftsvertretungen durch Streik- und Aktionskomitees, durch Solidaritätsausschüsse, durch ständige konsultative Gremien vorzunehmen.

Alle diese Maßnahmen müssen einmündig in die Einberufung eines EUROPÄISCHEN ARBEITERKONGRESSES, basierend auf der Einheitsfront der Gewerkschaftsverbände und Vertretern der Belegschaften, gleichgültig unter welcher ideologischer Führung sie z. Zt. stehen (ausgenommen direkter Staats- und faschistischer Regierungen, sowie Unternehmerrgarden).

Diese europäische Arbeitskonferenz, die kein einmaliger diskutierender Kongreß bürokratischer Spitzen sein kann, nach dem Muster der internationalen Treffs des Bundes freier Gewerkschafter oder des Weltgewerkschaftsbundes, hat die Aufgabe bindende Kampfbeschlüsse zu fassen. Auf ihr muß die Basis aus den Gewerkschaften und aus den Betrieben zu Wort kommen und die Entscheidungen fällen.

- Die Delegierten müssen von der Basis, aufgrund der Prinzipien der Arbeiterdemokratie gewählt werden; sie sind dieser Basis verantwortlich und können jeder Zeit abberufen und ersetzt werden.
- Die Aufgabe einer derartigen Arbeitskonferenz ist es breite Solidaritätsmaßnahmen und Aktionen einzuleiten und zu führen mit den in Streik stehenden Arbeitern, mit denen um ihre gewerkschaftlichen Rechte kämpfenden Arbeitern Spaniens, den gegen die Junta kämpfenden griechischen Arbeitern und der Verteidigung des chilenischen Proletariats.
- Darüber hinaus müssen Kampagnen und Kämpfe für die Lösung gesamteuropäischer Probleme geführt werden, wie zur Zeit um die Erstellung eines gesamteuropäischen Energieplans unter der Führung der Arbeiterkontrolle der Produktion.

Die Durchsetzung dieser Forderung als Antwort auf den allumfassenden Angriff der Kapitalisten auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse wird nicht vom Himmel fallen. Dazu braucht die Arbeiterklasse kampfstärke, demokratische und vom bürgerlichen Staat unabhängige Gewerkschaften.

Diesen Aufgaben werden jedoch generell gesehen die Gewerkschaften infolge ihrer starken Verbürokratisierung nicht in notwendiger Weise gerecht.

Dieses ist nicht einfach auf individuelle moralische Verruchteit der "rechten" Gewerkschaftsführer zurückzuführen, sondern hat seinen Ursprung in der mangelnden Arbeiterdemo-

kratie, in der Bürokratisierung. Die Arbeiterbürokratie ist ein soziales Phänomen und muß als solches bekämpft werden.

Damit der gewerkschaftliche Kampf ein gesellschaftlicher Konfliktstoff von höchster Brisanz wird, muß der Defensiv - Kampf der Gewerkschaften in eine Offensive gegen das kapitalistische System übergehen.

Oberflächlich betrachtet haben keine großen Veränderungen in den Organisationen der Arbeiterklasse stattgefunden. Die traditionellen Organisationen funktionieren mit ihren Apparaten weiter.

Aber innerhalb dieses Funktionierens haben sich neue Qualitäten entwickelt. Nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, sondern auch das Kräfteverhältnis in der Klasse und damit innerhalb der Organisationen der Klasse selbst haben sich verändert, d. h., daß sich das Verhältnis der Arbeiterbasis zu ihrer eigenen Bürokratie zugunsten der Basis verschoben hat, die jahrelang uneingeschränkte Kontrolle der Bürokratie über die Massen hat sich gelockert.

Diese Entwicklung kann sich aber nur dann zum herrschenden Prinzip innerhalb der Gewerkschaften durchsetzen, wenn der Kampf für die Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften auf breiter Basis geführt wird. Das bedeutet Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Funktionäre der Gewerkschaften durch die entsprechenden Basisorganisationen.

DAS GEHALT DER HAUPTAMTLICHEN GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄRE DARF DEN TARIFLICHEN SPITZENLOHN DER VON IHNEN VERTRETENEN KOLLEGEN NICHT ÜBERSCHREITEN !

Die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Funktionen darf nicht zur Anhäufung von Privilegien führen, so daß dadurch der Gewerkschaftsfunktionär eine höhere Stufe in der gesellschaftlichen Hierarchie einnimmt.

WAHL DER TARIFKOMMISSION DURCH VERTRAUENSLEUTEKONFERENZEN !

Offene Tagungen der Tarifkommission !

Das Recht Vertreter aus den Tarifkommissionen zurückzuberufen, die nicht dem Willen der Belegschaft Ausdruck geben.

KEIN TARIFABSCHLUß OHNE URABSTIMMUNG !

Über die Annahme oder Ablehnung von Tarifabschlüssen und über Kampfmaßnahmen entscheidet die einfache Mehrheit.

AUFBAU EINES VERTRAUENSMÄNNERSYSTEMS OHNE BÜROKRATISCHE EINWIRKUNG DES BETRIEBSRATS ODER DER GEWERKSCHAFTSADMINISTRATION, GETRAGEN VON DEM WILLEN DER GEWERKSCHAFTLICHEN BASIS IM BETRIEB ALS BINDEGLIED ZWISCHEN BETRIEBSBASIS UND GEWERKSCHAFT !

FÜR DAS RECHT DER BILDUNG SOZIALISTISCHER TENDENZEN IN DER GEWERKSCHAFT !

Gegen Gewerkschaftsausschlüsse und für die Rücknahme aller administrativen Maßregelungen gegenüber aktiven Gewerkschaftskollegen, die eine oppositionelle Haltung in den Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaftsbürokratie und eine aktivistische Stellung in den Arbeiterkämpfen eingenommen haben.

Aufhebung der spalterischen und kapitulantenhaften Extremisten - Beschlüsse, die eine Widerspiegelung der staatlichen Disziplinierung in den Gewerkschaften sind.

Die Voraussetzung der Durchsetzung dieser proletarisch demokratischen Organisationsstrukturen in den Gewerkschaften setzt die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Unternehmertum voraus.

Das bedeutet :

AUSTRITT AUS DER KONZERTIERTEN AKTION, die nichts anderes bezweckt als die Bindung der Gewerkschaften an die bestehenden Staats - und Gesellschaftsinteressen.

KEINE ANERKENNUNG STAÄTLICHER SCHLICHTUNG !

BESEITIGUNG DES REAKTIONÄREN TARIFRECHTS !

Staatliche Schlichtung und herrschendes Tarifrecht haben die Aufgabe, die Lohnforderungen und Forderungen um die Arbeitsbedingungen am Interesse der Unternehmer und der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft zu orientieren!

GEGEN DAS REAKTIONÄRE BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ, da es eine Fessel zur Bindung von Betriebsvertretungen und Belegschaft an das Wohl des kapitalistischen Betriebes darstellt.

AUFHEBUNG DER GESETZLICHEN SCHWEIGEPFLICHT FÜR BETRIEBSRÄTE - VERPFLICHTUNG DER BETRIEBLICHEN MANDATSTRÄGER AUF VOLLE INFORMATION AN DIE BELEGESCHAFT !

Wahl von Klassenkämpferischen Vertretern in die Betriebsräte und den Vertrauensleutkörper.

Gewerkschaftlicher Kampf für gläserne Taschen der Unternehmer, d. h., die Unternehmer müssen gezwungen werden, ihre Geschäftsbücher und Kalkulationen (nicht die frisierten) offen zu legen.

AUFHEBUNG DES BANK - UND GESCHÄFTS-GEHEIMNISSES, damit die Belegschaft in die Lage versetzt wird, sich zu informieren, um entsprechende Maßnahmen bei Rationalisierung, Entlassung und Lohnstreitigkeiten zu ergreifen. Die Mitbestimmung hat ihr Fiasko, ihren Bankrott deutlich demonstriert: Heraus aus allen Mitbestimmungsorganen.

GEGEN KLASSENZUSAMMENARBEIT IN DEN AUFSICHTSRÄTEN UND SONSTIGEN INTEGRATIONSORGANEN I

Für direkte Kontrolle der Arbeits- und Produktionsbedingungen am Arbeitsplatz durch unabhängige kämpferische Arbeitervertreter.

Aber eine klassenkämpferische Politik in den Gewerkschaften kann sich nicht von der Hoffnung auf spontane Veränderungen des Massenbewußtseins alleine leiten lassen.

Die von der Gewerkschaftsbürokratie über Jahrzehnte betriebene systematische Entpolitisierung der Vertrauensleutkörper und Mitgliederversammlungen ist heute ansatzweise durchbrochen. Mehr und mehr werden diese Gremien zu Zentren gewerkschaftspolitischer Diskussion, Schulung und Agitation.

Aber trotz dieses Prozesses, trotz der spontanen Streiks als Antwort auf unfähige Tarifpolitik der Gewerkschaftsbürokratie, ist es der Gewerkschaftsführung immer wieder gelungen in entscheidenden Phasen der Lohnbewegung ihre Kontrolle über die Mitgliederschaft zu erhalten.

Die neuen Richtlinien für die Vertrauensleutarbeit, das neue zentrale Schlichtungsabkommen und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der IG - Metall haben die Absicherung dieses Zustands zum Ziel.

Die Gewerkschaftsbürokratie, ist sich im klaren darüber, daß diese ersten Ansätze einer klassenkämpferischen Regung in den Betrieben am leichtesten zu desorientieren sind, daß ihr am besten die Spitze gebrochen werden kann, solange sie sich in der Phase der örtlichen und betrieblichen Vereinzelung und Isolierung befindet, solange die Erfahrungen und Fortschritte in den einzelnen Betrieben und Orten verschieden weit fortgeschritten sind und noch kaum Verbindungen und Strukturen geschaffen sind, die die Aufhebung dieser Ungleichzeitigkeit ermöglichen.

Deshalb ist es notwendig dafür zu arbeiten, daß die örtliche und betriebliche Vereinzelung der klassenkämpferischen Kollegen überwunden wird, daß es zu handfesten Verbindungen und regelmäßigem Informationsaustausch kommt, über die die gewerkschaftspolitische Vereinheitlichung dieser Bewegung vorangetrieben wird.

Der Aufbau dieser klassenkämpferischen Tendenz in den

Gewerkschaften bedeutet den Aufbau einer einheitlichen

klassenkämpferischen Alternative zur Politik der Bürokratie.

Der Streik bei Ford

was tun - Sonderdruck

DM 2,50

Bestellungen an was tun, 6 Frankfurt 1, Postfach 119266

Weil wir die enorme Bedeutung kennen, die den betrieblichen Kämpfen dieses Jahres für den Fortschritt des Klassenkampfes zukommt, beachten wir auch sehr deutlich diejenigen unter ihnen, in denen unzweifelhaft am Ende einige schwerwiegende Fragezeichen auftauchen. Der Ford-Streik hat nicht nur Fragezeichen gesetzt, sondern er endete katastrophal. Eine völlig gespaltene Belegschaft, starke antigewerkschaftliche Stimmung bei den ausländischen Kollegen, massive Mobilisierung von Rassen- und Nationalitätenhaß bei vielen deut-

schen Kollegen, Enttäuschung und Resignation weit über den Ford - Betrieb hinaus, ein Betriebsrat, der nur noch sich selbst repräsentiert und vertritt - das ist eine Bilanz, an Betrachtung der es verantwortungslos ist, Euphorie zu verbreiten. Wir wollen nüchtern analysieren, warum dieser Streik so verlaufen ist und wir wollen die Schlußfolgerungen aus der Analyse zur Diskussion stellen. Aus den Schwächen dieses Streiks müssen wir alle lernen - denn viele "FORDs" kann sich die westdeutsche Arbeiterklasse nicht leisten.

was tun

LEST
ABONNIERT
LEST
ABONNIERT

Zeitung der

GRUPPE
INTERNATIONALE
MARXISTEN

deutsche Sektion der IV. Internationale
Postanschrift: WAS TUN, 6 Frankfurt 2

Postfach 119266

JETZT VIERZEHTÄGIG



DM -.50